

1. GESELLSCHAFTLICHE WIDERSPRÜCHE IN DER VR CHINA ENDE DER ACHTZIGER JAHRE

Chinas wirtschaftliche und politische Entwicklung läßt sich seit der sozialistischen Revolution von 1949 grob in folgende Phasen aufteilen:¹

1. Phase des ersten Aufbaus im innerparteilichen Konsens von 1949-1956: Nach der Revolution besaß China in der Sowjetunion den einzigen Bundesgenossen, der sowohl politische Sicherheit als auch Wirtschaftshilfe bot. In Anlehnung an die Sowjetunion wurde die Planwirtschaft unter besonderer Betonung der Schwerindustrie, dann erst der Leichtindustrie und Landwirtschaft entwickelt. Eine bis heute in wesentlichen Grundzügen bestehende zentralistische Wirtschaftsverwaltung wurde eingeführt. Das Privateigentum an Produktionsmitteln wurde nach und nach vergesellschaftet, wobei jedoch die nationale Bourgeoisie gewisse Entschädigungen erhielt. Auf dem Lande wurde 1949 bis 1952 eine Bodenreform durchgeführt, und die grundbesitzende Klasse, die ca. 70% des Landes beherrschte, wurde enteignet. Das Ackerland, Produktionsmittel wie Arbeitsgeräte und Tiere wurden auf die Landarbeiter, die armen und die Mittelbauern umverteilt, bisherige Pacht- und Zinslasten wurden erlassen. "Auf diese Weise entstand eine Vielzahl bäuerlicher Privatbetriebe, die auf Grund ihrer geringen Größe allerdings keinen entscheidenden Beitrag zur Wirtschaft des Landes liefern konnten, deren Überführung in Gemeineigentum, in größere Einheiten also, die Partei aber schon 1950/51 behutsam mit der Gründung von Gruppen zur gegenseitigen Hilfe (praktisch eine Institutionalisierung der herkömmlichen Nachbarschaften) einleitete. Boden und Produktionsmittel blieben, wie in den später geschaffenen Produktionsgenossenschaften unterer Stufe, noch in Privatbesitz. Dieser ging erst ab 1954 mit der Bildung fortgeschrittener landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften in Gemeinschaftseigentum (kollektives Eigentum) über - den Bauern gestand man nur noch kleine Privatparzellen zu. Bis 1957 wurde so der gesamte bäuerliche Sektor in 680.000 Kollektiven, die sich eng an die traditionellen sozialen Einheiten

1 Vgl. als umfassendere Einführung Bundeszentrale (1988); ferner die Literaturangaben in Anmerkung 2 auf S. 4 im Vorwort.

Nachbarschaft und Dorf anlehnten, zusammengefaßt. Mit den Kollektiven hatte die Volksrepublik, neben dem volkseigenen, d.h. staatlichen Eigentum, die zweite Grundform des Eigentums geschaffen." (Englert/Grill 1980, S.114) Allerdings erwies sich die Übernahme sowjetischer Modelle als äußerst problematisch, da Chinas Bevölkerung überwiegend auf dem Land lebte und die einseitige Betonung der industriellen Stadtentwicklung zu Wachstumsschwierigkeiten führte. Zwar verfügte China über ungeheure Arbeitskräftereserven, aber die Fachqualifikation war unzureichend, das Transport- und Kommunikationswesen unterentwickelt, die Energieversorgung nicht gewährleistet.

2. Der Große Sprung nach vorn und der beginnende Kampf der zwei Linien: Ende der fünfziger Jahre versuchte man diese Mängel durch politische Massenbewegungen auszugleichen. Hier entstand das Bild der arbeitenden Ameisen, das bis heute als Vorurteil im Westen anzutreffen ist. Einheitlich in Blau gekleidete Chinesen ersetzten in Masseneinsätzen Maschinen. Die Gesamtlinie dieser Politik ist unter der Bezeichnung der "drei roten Banner" bekannt geworden. Eines der Banner war die Volkskommunalebewegung. 1958 wurden die Produktionsgenossenschaften in 26.578 Volkskommunen aufgeteilt, denen nun das Eigentum an Land und Produktionsmitteln zufiel. Diese Großorganisationen sollten ein Standbein des "Großen Sprungs nach vorn" sein, um auf dem Lande primär die agrarische Tätigkeit durchzuführen, gleichzeitig zum Teil auch die lokale Industrie, Bodenschatzförderung und u.ä. aufzubauen und vor allem ein sozial organisiertes Gemeinwesen zu entwickeln. Nachdem der Parteitag von 1956 wesentliche Wirtschaftsziele als erreicht angesehen hatte, war die dadurch geschwächte Fraktion um Mao Zedong bemüht, die weitere Bedeutung des Klassenkampfes zu verdeutlichen und sich nicht durch erste wirtschaftliche Erfolge in den Revisionismus abdrängen zu lassen. Das Ziel sollte aus dieser Sicht der Kommunismus bleiben, der sich gegen kleinbäuerliches und bürgerlich-revisionistisches Denken zu wehren hatte. Die Kommunen, die als "Große Gemeinschaften" bezeichnet wurden, waren jedoch zu groß angelegt, da sie mehrere traditionelle Marktgemeinschaften umfaßten und deshalb nicht die sozialen Bindungen herstellen konnten, die politisch unterstellt und von der Bevölkerung erwünscht worden waren. In den folgenden Jahren wurden daher wesentlich kleinere Kommunen gebildet, die etwa 10- bis 30.000 Mitglieder umfaßten. Dabei entstand ein vierstufiges Eigentumssystem, das aus dem Kollektiveigentum der Kommune, dem Eigentum der Produktionsbrigade, der Produktionsgruppe und den Privatparzellen der Einzelhaushalte

(ca. 5 bis 7% der Gesamtanbaufläche) zusammengesetzt war (vgl. ebd., S.118 f.). Insgesamt sollte sich die Landwirtschaft eigenständig entwickeln, um nicht auf den "Großen Sprung nach vorn" durch die Industrialisierung und Modernisierung des Landes zu warten. Der "Große Sprung nach vorn" sollte das Soll eines Fünfjahresplans innerhalb von zwei Jahren bewältigen und stellte sich das abenteuerliche Ziel, das Industrieland Großbritannien einzuholen. Der "Große Sprung" scheiterte vollständig. Er wurde durch Mißernten Ende der 50er und Anfang der 60er Jahre zu einem Sprung zurück. Die Ursachen des Scheiterns waren weit gestreut: "übertriebene Planziele und unbedachter Eifer von örtlichen Behörden und Kadern, deren Kompetenzen vorübergehend erweitert worden waren, ungleichmäßiges Wachstum der verschiedenen Zweige der Volkswirtschaft, überhastete Kollektivierung und Mißachtung der gewohnten Umweltbeziehungen, die den Widerstand der Landbevölkerung provozierte" (ebd., S.116). Die Gründung industrieller Kleinstbetriebe auf dem Land erwies sich ferner als äußerst unrentabel. Hinzu kam der ideologische Konflikt mit der Sowjetunion, die ihre Fachleute 1960 abrupt abzog. Mao zog aus dem Mißerfolg Konsequenzen und trat vom Amt des Staatspräsidenten zurück. Seine Fraktion, die gegenüber dem gemäßigten Flügel der Wirtschaftsreformer die Politik entscheidend geprägt hatte, erlitt dadurch zunächst eine empfindliche Niederlage. Es wurde ein Leistungsprämiensystem eingeführt, das Gemeineigentum auf die Produktionsgruppen bzw. -brigaden zurückgeführt, Privatparzellenwirtschaft zugelassen und bedingt wurden freie Märkte eingeführt, um die wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu bewältigen. Der Kampf der zwei Linien setzte sich in der Folgezeit in dramatischer Weise fort.

3. *Die große proletarische Kulturrevolution:* Maos besondere Aus- und Umdeutung des Marxismus führte zu einem weiteren "Kopfsprung" nach vorn. Seiner Ansicht nach konnten sich nicht nur Nebenwidersprüche der historischen Entwicklung in Hauptwidersprüche verwandeln, er interpretierte auch die marxistische Aussage, daß das gesellschaftliche Sein das Bewußtsein bestimme, in eigenwilliger, wenngleich für seine politische Analyse und Interpretation verständlicher Art und Weise. Zwar war auch für ihn die in letzter Instanz entscheidende Voraussetzung gesellschaftlicher Veränderungen die ökonomische Basis, aber gestützt auf die Altersbriefe von Friedrich Engels unterstrich Mao die aktive Rolle und Bedeutung des Überbaus. Mittels Bewußtseinsschulung wollte Mao die Massen mobilisieren, wobei der Jugend die treibende Kraft zukommen sollte. Eigenwillig blieb dieses Vorgehen aus marxistischer Sicht, weil Mao weder um eine

realistische Analyse der tatsächlichen ökonomischen Situation noch an einer Bestimmung der Klassensituation und ihrer ideologischen Implikationen interessiert war, sondern zunächst die Aktion bevorzugte - ein Umstand, der sich allerdings aus der Kontroverse mit dem gegnerischen Lager in der Partei leicht erklären läßt. In mehreren Bewegungen versuchte Mao sein Klassenkampfidéal in die Praxis umzusetzen. So fand 1962 die sozialistische Erziehungsbewegung auf dem Land statt, in der Arbeitsgruppen auf das Land geschickt wurden, um politische Sitzungen zu organisieren. Es gab Kampagnen, in denen die herausragende Rolle der Armee betont wurde, andere, in denen die Landverschickung propagiert wurde - am Beispiel des Modellhelden Lei Feng -, wieder andere, um revolutionäre Lieder in den Massen zu verbreiten. 1964 betonte Mao auf dem Parteitag die Rolle des ständigen Klassenkampfes, der jeden Tag, jeden Monat und jedes Jahr wieder geführt werden müsse. Ende 1965 kam es zur offenen Kontroverse zwischen Mao und den Wirtschaftsreformern, deren Fraktion besonders durch Liu Shaoqi repräsentiert war und die den Weg der Modernisierung Chinas selbst unter der Gefahr kapitalistischer Managementmethoden, d.h. zumindest einer partiellen Aufgabe der Planwirtschaft, fortsetzen wollten. 1966 erschienen erste Wandzeitungen, in denen vor den Kapitalisten in der Partei gewarnt wurde. Schulen und Universitäten wurden zum Austragungsort der Kulturrevolution, es wurden rote Garden organisiert, die von der Partei die Aufgabe zugewiesen bekamen, die Revolution in die Fabriken und Volkskommunen zu tragen. Daraus entstand ein unvorstellbares Chaos und eine Anarchie der politischen Ideen, denn außer den Ideen Mao Zedongs, die mit der klassischen *Mao-Bibel* hergebetet wurden und deren Allgemeinheitsgrad auf jede Situation zu passen schien, gab es keine konkreten Anweisungen.¹ Es wurden auf diesem Hintergrund viele persönliche Fehden ausgetragen, Denunziationen, Neidereien und Eifersucht gehörten zur Tagesordnung. Besonders die Schicht der Intellektuellen wurde zum Sündenbock der gesamten Nation. Schulen wurden teil- und zeitweise, Hochschulen wurden ganz geschlossen. Die anarchischen Bedingungen, die durch die Kulturre-

1 Dies wird als ein Hauptpunkt in der kritischen Verarbeitung der Kulturrevolution auf der 6. Plenartagung des ZKs der Partei 1981 festgehalten; dort heißt es, daß der Klassenkampf verabsolutiert wurde und es für die Massen nicht erkennbar sein konnte, wer der Feind in den eigenen Reihen war, was zu übertriebener und falscher Kritik führte; Mao wurde etlicher Fehler beschuldigt, gleichzeitig aber auch als großer und echter Kämpfer für die Sache des Proletariats gewürdigt; die Maozedongideen wurden aber als ein Grundprinzip des sozialistischen Aufbaus beibehalten: die Wahrheit in den Tatsachen suchen, was bedeutet, Theorie und Praxis miteinander zu verbinden und die allgemeingültige Wahrheit des Marxismus-Leninismus mit der chinesischen Revolution zu verknüpfen; die Masselinie zu befolgen, was bedeutet, sich auf die Massen zu stützen und ihre Interessen zu vertreten; Unabhängigkeit, Selbständigkeit und Vertrauen zu bewahren, was den eigenen Weg Chinas in seinem Bezug zu den eigenen Massen betont; vgl. dazu auch die Auszüge in Bundeszentrale (1988, S.246 ff.).

volution entstanden, führten andererseits dazu, daß die Parteispitze die Kontrolle des Landes durch die Armee aufrechtzuerhalten versuchte. 1966 hatte Mao mit Hilfe des Verteidigungsministers Lin Biao die Armee auf seine Seite gebracht. Die Maoisten, die auf dem Parteitag 1969 noch ihren Sieg verkündet hatten, mußten aber nach und nach etliche Niederlagen einstecken.¹ Die Gegenkräfte wurden zum Teil rehabilitiert, Deng Xiaoping 1973 zum stellvertretenden Ministerpräsidenten eingesetzt, wenngleich später noch einmal gestürzt. Besonders Zhou Enlai wurde eine mäßige Rolle im Hintergrund zugeschrieben. Dennoch hatte die Kulturrevolution verheerende Folgen. Über 20 Millionen Menschen waren als "Konterrevolutionäre" verfolgt, viele gefoltert, ermordet oder in den Selbstmord getrieben worden. Der Maoismus, der von vielen Linken in Westeuropa Ende der 60er Jahre idealisiert wurde, zeigte sich bei näherer Betrachtung als ein eigentümliches Gemisch aus kaiserlich-despotischen Herrschaftstraditionen und sozialistisch-utopischen Werten. Dem despotischen System entsprachen Willkürherrschaft, Sippenhaft und Personenkult (vgl. u.a. Forster-Latsch 1988, S.132). Die sozialistische Utopie einer Gesellschaft von Gleichgestellten, die sich in ein harmonisches Ganzes fügen, entlarvte sich immer mehr als Illusion. Nach dem Tod Maos 1976, der auch seiner Frau Jiang Qing mit der sogenannten "Vierbande" die letzte Machtstütze entzog, wurde von seiten der gemäßigten Reformer, die seitdem unter der Führung Deng Xiaopings die Geschicke Chinas lenken, Kritik an der Verbindung von Chinas sozialistischem Aufbau mit Grundstrukturen despotischer, feudaler und konfuzianisch orientierter Einstellungen deutlich. Deng selbst nannte die übermäßige Machtkonzentration, patriarchalisches Denken und Handeln, Lebenszeitstellungen für Führungspositionen, Beziehungs- und Privilegienwesen, Korruption und Bürokratismus im Zusammenhang mit einer falschen politischen Lagebestimmung als Hauptursachen der Fehlentwicklungen. Es war dies genau die Kritik, die 1989 dann auch an der Regierung Dengs geübt wurde.

4. *Die nachmaoistische Wirtschaftsreform*: 1978 entschied sich das Zentralkomitee der KP Chinas für das Programm der "Vier Modernisierungen", das Chinas Weg bis zum Jahr 2000 bestimmen soll. Hier wurde auf Aussagen Zhou Enlais aus dem Jahre 1975 zurückgegriffen. Moderne Industrie, moderne Landwirtschaft, moderne Wissenschaft und Technik,

1 1971 stürzte unter mysteriösen Umständen Maos designierter Nachfolger Lin Biao mit dem Flugzeug ab. Dies wird in China offiziell als interner Machtkampf zwischen Mao und Lin gewertet, der einen Staatsstreich geplant haben soll.

moderne Landesverteidigung sollen Chinas zukünftigen Weg kennzeichnen, wobei Deng Xiaoping 1978 bei einer Rede vor der ersten nationalen Wissenschaftskonferenz darauf hinwies, daß ein Schlüssel für den Fortschritt besonders in der Entwicklung von Wissenschaft und Technik gesehen werden muß. Grundsätzlich wurde zwar die Planwirtschaft beibehalten, aber nunmehr um etliche marktwirtschaftliche Elemente ergänzt. Dazu gehören vor allem materielle Anreize, die zunächst ausgewählten, dann immer mehr Betrieben gewährt wurden und zu deutlichen Verbesserungen der Versorgungslage der Bevölkerung führten. 1984 wurde ein Beschluß des ZKs durchgesetzt, der die Reform vorantrieb: die Selbstentscheidungsbefugnisse der Unternehmen sollten erweitert, das Planungssystem verbessert, das Preissystem marktorientierter gestaltet, das Lohnsystem auf Leistungsbezogenheit hin orientiert und der Austausch mit dem Ausland verbessert werden¹. Es entstand eine starke wirtschaftliche Expansion, die gleichzeitig eine hohe Inflation nach sich zog. Im bäuerlichen Sektor kam es zu einer Privatisierung im Sinne eines Staatspachtensystems. Eine Vergrößerung der Privatparzellen wurde ebenfalls eingeführt, was dazu führte, daß die Bauern, besonders die in der Nähe großer Städte, ihre Produkte auf freien Märkten anbieten und dadurch neuen Reichtum erwerben konnten². China orientiert sich seitdem zunehmend an den entwickelten kapitalistischen Nationen, was auch eine Erweiterung demokratischer Rechte einschloß, ein Prozeß, der allerdings 1989 zunächst einmal auf brutale Weise gebremst wurde.

In dieser aktuellen Phase ergeben sich heute große Widersprüche, die die Chinesen zu bewältigen haben. Zunächst wollen wir auf das chinesische Grunddilemma aufmerksam machen, das die derzeitige Ökonomie und Politik durchzieht und gleichzeitig alle Ebenen des gesellschaftlichen Lebens berührt: Materieller Wohlstand, der durch die vier Modernisie-

1 Es gibt drei Arten von Industriebetrieben: Staatsbetriebe; Kollektivbetriebe als Eigentum städtischer Straßenkomitees, ländlicher Gemeinden oder Kleinstädte, Dörfer oder städtischer Einwohnerkomitees; Privatunternehmen (vgl. Kolonko 1988, S. 252 ff.). Zur Zeit bilden sich hier neue Eigentumsformen heraus, indem Aktien verkauft werden. Die Eigenverantwortlichkeit der Betriebe wird gestärkt, sie werden selbst für Gewinne und Verluste verantwortlich gemacht und sollen von Wirtschaftsfachleuten geleitet werden. Entlassungen sind unter bestimmten Gründen möglich. Doch diesen Reformen stehen enorme Schwierigkeiten in der Praxis entgegen: das überkommene Preissystem, der Einfluß der Parteikader auf die Betriebsführung, die Gefahr von Massenarbeitslosigkeit bei Einführung von Rentabilitätsrechnungen, das mangelnde soziale Netz, das die Einzelbetriebe für die soziale Sicherung verantwortlich macht.

2 Durch Reformen in der Landwirtschaft versucht man über eine Erhöhung der bäuerlichen Einkommen Anreize zur Intensivierung zu geben und die Landflucht einzudämmen. In Übernahmeverträgen wurden mittlerweile der Mehrheit der Bauern weitgehende Entscheidungsbefugnisse über Investitionen, Produktion und Verteilung zugesprochen, so daß eine Art Staatspachtensystem entstand. Dadurch haben es einige begünstigte Bauern bereits zu einem ansehnlichen Vermögen gebracht - man spricht von den 10.000-Yuan-Bauern.

rungen auch in jeden Haushalt einziehen soll, bedingt eine Zunahme der Warenproduktion, des Tauschcharakters und damit verbundener Geldfestsche, bedingt die Einführung von Leistungs- und Hierarchieebenen, von sozialer Ungleichheit zwischen neu verarmenden und reicher werdenden Schichten, obwohl andererseits der sozialistische Anspruch eine moralische Qualität von Gleichheit, Idealismus und sozialutopischer Perspektive verspricht, der die Irrtümer und antihumanen Seiten des Kapitalismus vermeiden soll. Wenn Chinesen über die gegenwärtigen Widersprüche diskutieren, dann mischen sie oft diese beiden Betrachtungsweisen. Einerseits wollen sie einen vermehrten Wohlstand, aber andererseits nicht die Schattenseiten dieses Wohlstands: Arbeitsplatzunsicherheit, wie sie heute erstmals durch Ausstellung von Zeitverträgen praktiziert wird, Inflation, die gegenwärtig vor allem für die Lohnempfänger zu materiellen Einbußen führt, Ungleichheit, die durch das unterschiedliche Wachstum zwischen den Provinzen Chinas und innerhalb der Bevölkerung der einzelnen Landesteile immer stärker hervortritt. Beide Sichtweisen spiegeln sich in der politischen Unsicherheit der Parteiführung, die zwischen Wirtschaftsreform auf der einen und einer konservativen Wertepropaganda auf der anderen Seite schwankt, um ein Gleichgewicht der Entwicklung aufrecht zu erhalten. Als Slogan für die Entwicklung der Warenproduktion müssen die "Vier Modernisierungen" erhalten, die stereotyp bei fast allen Veröffentlichungen zitiert werden. Als unerschütterliches Grundprinzip wird dem auf der anderen Seite die Führung durch die Partei an die Seite gestellt. In diesem Gegensatz ergibt sich ein eigenartiges Mischverhältnis, das zu einer Art universalem Auslegungsmuster wird: So beklagte Deng Xiaoping beispielsweise 1986 in der Parteizeitung "Rote Fahne", daß die Wirtschaftsreformen zu sehr stecken bleiben, weil die Machtstellung der Parteisekretäre auf der Betriebsebene zu groß sei, die Bürokratie gebrochen werden müsse, der Partei- und Staatsapparat zu aufgebläht sei, feudalistische Denkgewohnheiten zu überwinden seien und es Degenerationserscheinungen in der Partei gäbe (vgl. Scharping 1987 a, S. 18 f.). Die dadurch mit eingeleitete Diskussion unter den Intellektuellen und die damit in Verbindung stehenden Studentenunruhen Ende 1986 führten aber im Gegengriff und erneut unter Berufung auf Deng zur unangefochtenen Führungsbetonung der Partei, die sich immer dann, wenn sie zu stark unter gesellschaftlichen Druck durch Unruhen in der Bevölkerung gerät, auf ihre Herrschaftsfunktionen zurückziehen muß. Neuestes Beispiel hierfür sind die Demonstrationen 1989, in denen anlässlich des Todes des Reformers Hu Yaobang für mehr demokratische Rechte eingetreten wurde. In diesem Wechselspiel zwischen realen Herr-

schaftsanforderungen und sich differenzierenden Interessenlagen der Bevölkerung sind die politischen Orientierungen der Wirtschaftsreformer und der konservativen politischen Veteranen angesiedelt (vgl. Scharping 1987 a,b), wobei beide Seiten die erreichte Dynamik der Wirtschaftsentwicklung Chinas gegenwärtig überwiegend mehr interpretieren als durch gezielte und wirksame Programme einzugreifen.¹ In diesem Grunddilemma eines sozialistischen Aufbaus mit kapitalistischen Mitteln spiegeln sich nachfolgende Widerspruchsebenen (vgl. dazu auch Scharping 1988 a; Kolonko 1988; Staiger 1988; Weggel 1987c, 1988):

- Ökonomisches Wachstum und Inflationspolitik:

In den letzten Jahren hat die chinesische Führung deutlich für wirtschaftliches Wachstum optiert. Dabei sollen verstärkt Leistungsprinzipien in die Wirtschaft eingebracht werden, die Selbstverantwortung der Arbeitenden soll gestärkt werden, Lohn- und Preisreformen sollen weg vom ewig sicheren Arbeitsplatz hin zu Zeitverträgen und zur Einführung von Marktmechanismen bei der Preisbildung führen. Die Erfahrungen mit diesem Weg der Öffnung zum Westen sind jedoch ambivalenter Natur: enorme Preissteigerungen, Inflationsdynamik aufgrund eines viel zu hohen Geldumlaufs, zunehmende Auslandsverschuldung und eine negative Handelsbilanz, dies sind nur einige Erscheinungen, die dem größeren Konsumangebot, das zweifelsohne positiv von der Bevölkerung aufgenommen wird, zur Seite stehen. Die Bevölkerung differenziert sich nach unterschiedlichen Einkommensschichten, die sich neben den Grundgehältern durch Prämien ausdrücken. Dabei werden besonders Bauern und Selbständige bevorzugt, die auf freien Märkten Gewinne einstreichen. Zudem gibt es einen Schwarzmarkt mit einer konvertierbaren Währung (Ausländergeld), deren Besitz zur Voraussetzung für den Erwerb höherwertiger Konsumartikel, für die man keinen Bezugsschein besitzt, wird. Das eigentliche Volksgeld erweist sich als ein Papiergeld, das durch die Einführung von Marktmechanismen stark unter inflatorischen Druck gerät. Politisch wird diese Widerspruchsebene kaum noch mit marxistischen Kategorien diskutiert, sondern allenfalls nach der Richtigkeit des gegenwärtigen Tempos im Sinne eines Krisenmanagements bewertet. Die zunehmenden Wirtschaftsschwierigkeiten führten 1989 zu einer deutlichen Drosselung der Erwartungen und auf den Sitzungen des Volkskongresses zu Appel-

1 Rigide Eingriffe würden den in Gang geratenen Modernisierungsprozeß auch bremsen, da so die gerade beginnende Eigeninitiative gestoppt werden würde. Andererseits greifen die Reformer dadurch in den Wirtschaftsreformprozeß ein, daß sie besonders vor übertriebener Aufblähung - besonders bei Großbauprojekten - warnen und Begrenzungen verfügen.

len, den Gürtel wieder enger zu schnallen. Viele Projekte - darunter allein 14.000 Großbauprojekte - wurden aufgrund einer Verknappung der Mittel gestoppt.

- Opferbereitschaft und ursprüngliche Akkumulation:

Ökonomisch werden zunehmend mehr Kapitalprozesse angeregt, was bis zu Erscheinungsweisen reicht, die für die ursprüngliche Akkumulation des Kapitals charakteristisch sind und im Vergleich zu aufstrebenden reicheren Schichten durchaus aufkommende Armut für große Bevölkerungsteile einschließen. Es wurde nunmehr als ruhmreich angesehen, Geld zu verdienen und es auszugeben. Ideologisch werden andererseits zur Bewältigung ökonomischer Krisenerscheinungen die alten Ideale der Opferbereitschaft, Sparsamkeit und der Entsagung propagiert, was in der Bevölkerung wachsenden Unmut hervorruft, da viele Prozesse der wirtschaftlichen Entwicklung nicht verstanden werden. Hier deuten sich Widersprüche an, die durch Lebensmittelzuteilungen, planwirtschaftliche Momente und gemäßigte Lohnerhöhungen, die jedoch gegenwärtig nicht mit der Inflation Schritt halten, abgebremst werden sollen. Die gewaltige Überbevölkerung, die in eine Beschäftigungspolitik mündete, jedem einen lebenslangen Arbeitsplatz zuzugestehen ("eiserne Reisschüssel"), auch wenn praktisch schon genügend Arbeitskräfte vorhanden waren, steht im diametralen Gegensatz zu den Kapitalisierungs- und Leistungsorientierungen auf dem Weg der Industrialisierung und Erhöhung der gesellschaftlichen Produktivität. Hier entstand die Basis einer neuen konservativen Politik, die zunächst hinter verschlossenen Türen gegen den Reformkurs opponierte und von breiten Teilen der Bevölkerung abgelehnt wurde.¹ In dem Pekinger Blutbad angesichts der Massendemonstrationen gewann diese Fraktion die Oberhand. In Veröffentlichungen der Presse kamen vor dem Blutbad sowohl die progressiven als auch die restaurativen Kräfte zu Wort, ohne daß die Interessengegensätze jedoch zu offenen Auseinandersetzungen oder durchschaubaren Abstimmungen führten. In diesem Sinne gab es Beispiele für konfuzianische und anti-konfuzianische Orientierungen, die als Abbilder parteipolitischer Strömungen in der Presse als Erklärungsmodelle der Bevölkerung angeboten

1 Sie dokumentierte sich als Kampf gegen "bürgerliche Liberalisierung" und gegen Verwestlichung als Verneinung des Sozialismus, vgl. Renmin Ribao vom 6.1.1987 und 20.1.1987; nachgedruckt in Bundeszentrale (1988, S. 266 ff.). Auch der Sturz des Parteisekretärs Hu Yaobang, der mit den Studentenunruhen von 1986/87 im Zusammenhang steht, scheint hierzu zu zählen, wenngleich der Reformkurs dadurch nicht wesentlich aufgehalten wurde. Anlässlich der neueren Wirtschaftsdaten wurde 1989 allerdings deutlich die Bremse in der wirtschaftlichen Entwicklung gezogen, um die Inflation und Auslandsverschuldung zu mindern, gleichzeitig lag hier eine Wurzel für die Demonstrationen der Bevölkerung.

wurden; die Autoren waren und sind vielfach bloß Marionetten in diesem System der Legitimierung des Fortschritts- oder des Sicherheits- und Ordnungsdenkens. Zwar wurde in der Presse erstaunlich offen über Schwierigkeiten berichtet, aber fundierte Analysen der wirtschaftlichen Probleme standen im wesentlichen aus. Wenn auch die Bevölkerung die Modernisierungen in den eigenen vier Wänden bevorzugt und kaum noch Konsumverzicht üben will, so findet dies naturgemäß seine Grenze an der Arbeitsplatzsicherheit und dem Preisverfall, was durchaus zum Maßstab eines restaurativen "Massen-Kurses" werden kann.

- *Bürokratismus, Vetternwirtschaft und mangelndes Recht:*

Das chinesische Recht war in der Vergangenheit einerseits überwiegend Abschreckungsrecht, das die Gesinnung des Täters mit bestrafte, andererseits Einzelfallrecht, das die Möglichkeit des vorgerichtlichen Vergleichs durch Schlichtungen bevorzugte. "Aus westlicher Sicht leidet das chinesische Justizsystem vor allem an vier Mängeln: Es ist zu wenig unabhängig, das heißt, die Partei hat immer noch genügend Eingriffsmöglichkeiten; es verwirklicht noch lange nicht den Grundsatz 'Gleichheit vor dem Gesetz'...; es sucht ferner die 'Wahrheit in den Tatsachen' und will nichts von formeller Wahrheit (zivilrechtlich: Beweislast, strafrechtlich: *In dubio pro reo*) wissen; und es drängt fast mit Gewalt auf außerjuristische Lösungen in Form von 'freundschaftlichen Verhandlungen'." (Weggel 1988, S.284) In westlichen Analysen wurden Menschenrechtsverletzungen in der Sowjetunion vielfach angeprangert, für China hielt man sich dagegen vor allem aus wirtschaftspolitischen Erwägungen eher bedeckt, obwohl Menschenrechtsverletzungen schon länger diskutiert wurden (Heinz 1988). Erst die menschenverachtende blutige Vorgehensweise gegen friedliche Demonstranten schreckte die westlichen Massenmedien auf, ohne daß jedoch klare wirtschaftliche Boykottmaßnahmen hieraus entstanden wären. Für die Chinesen ist ihre Rechtslage immer schon prekär: Zwar garantiert die chinesische Verfassung den Bürgern etliche Freiheitsrechte, aber bei Verletzungen bleibt unklar, wohin er sich wenden soll. Die Funktionäre vor Ort klammern sich in der Praxis an zwei bewährte Wege: "Entweder warten sie auf eine Weisung von oben oder stecken beim geringsten Zweifelsfall die Köpfe zusammen und 'berufen eine Versammlung ein' (*kai hui*). Diese Weisungs- und *Kai-hui*-Mentalität hängt mit der allgemeinen Unsicherheit und der Weigerung zusammen, irgendwelche Verantwortung auf sich zu nehmen. In das Gesetz schaut der Durchschnittskader, wie die Parteizeitung *Hongqi* 1986 beklagte, immer erst dann hinein, wenn etwas schiefgelaufen ist. Die Handlungsmotivation

liegt also letztlich außerhalb des Gesetzes" (Weggel 1988, S.289). Es liegt auf der Hand, daß damit Gesetzesvorhaben nur schwerlich in die Praxis erfolgreich umgesetzt werden können. Hier hat sich längst in der Praxis ein System der Bürokratie und Vetternwirtschaft ausgeprägt, das einerseits genügend Normengebungen enthält und andererseits für Korruption offen genug ist, um individuelle Wege zu ermöglichen. Besonders die Vetternwirtschaft ist bei der Beschaffung von Arbeitsplätzen, Vergünstigungen, Bezugsquellen für höherwertige Konsumartikel, Reise- und Transportmöglichkeiten, Vermittlung von Auslandsreisen einschließlich damit verbundener Bürgschaften als ein System der "guten Beziehungen" entwickelt worden, ohne das ein Chinese kaum noch auskommen könnte. Die damit einhergehende Korruption wird von der Partei zwar einerseits immer stärker beklagt, andererseits aber selbstverständlich in den Familien der Parteifunktionäre dynamisch betrieben. Die nur mangelhaft abgesteckte Trennlinie zwischen Partei und öffentlichem Recht provoziert geradezu Mißstände und Korruption, die in Zeitungsartikeln immer häufiger beklagt werden.¹ Zwar sind die abschreckenden Strafen besonders im Bereich der Wirtschaftskriminalität, die öfter auch hohe Parteikader betreffen, ein Gegenmittel, aber diese aufgedeckten Fälle bilden nur die Spitze eines Eisberges. Wenn heute politisch gegen den "Liberalismus" gekämpft wird, so verbinden die Chinesen damit nach Mao Zedong Cliquenwesen, Verantwortungslosigkeit, mangelnde Einsatzbereitschaft und Opportunismus. Gegen solchen Liberalismus und "geistige Verschmutzung", wie sie aus dem Westen nach China einzudringen scheinen², wehren sich mitunter genau die Bürokraten, die selbst in Korruption und Vetternwirtschaft verstrickt sind. Die kommunistische Partei steht hier auf längere Sicht vor einem großen Dilemma, das nachträglich durchaus die Ziele der Kulturrevolution nach Beseitigung feudaler Denkweisen verständlich macht, wenngleich ihre Formen zu den Zielen kontradiktorisch waren und gegenwärtige Widersprüche damit eher mitproduziert haben.

- *Einstellungs- und Wertewandel:*

Die Jugend, die in der Kulturrevolution groß geworden ist, trägt die Last eines Erbes zerstörter Ideale. Politische Ideale werden in ihrem Normcharakter weniger ernst genommen, alte Normen und Werte werden

1 Die rechtlichen Implikationen beleuchtet Weggel (1987 a). Er verweist auch noch einmal auf Mao Zedongs Analyse "Über die zwanzig Erscheinungsformen des Bürokratismus", die eine zutreffende Beschreibung solcher Phänomene bietet.

2 Vgl. hierzu bes. die Analysen von Scharping (1987 a,b und 1988 a); über Rollenzuweisungen für Intellektuelle vgl. Staiger (1988).

immer grundsätzlicher in Frage gestellt, bisherige Tabus im Bereich der Zweierbeziehungen lösen sich tendenziell auf, das Geld wird als Ersatz für fehlende Ideale als Hauptzweck des Lebens gesehen, das Ausland immer mehr zum Vorbild für Lebensformen, nach denen sich die chinesische Jugend sehnt. Chinesische Untersuchungen sprechen von einem Wertewandel in der Jugend, die als Idealberufe Taxifahrer und Kellner im Ausländerhotel nennt, weil dort am meisten (zum Teil auch Ausländergeld mit hohem Schwarzmarktwert) zu verdienen ist. Als besonders beunruhigend wird die Geringschätzung längerer Ausbildungsgänge angesehen, da diese in den Augen der großen Mehrheit der Jugendlichen finanziell zur Zeit überhaupt nichts einbringen. An erster Stelle in den Werteinstellungen rangiert gegenwärtig das private Konsumglück, der Wunsch nach materiellem Wohlstand und das Streben nach Eigentum, das die Jugend mit der mittleren Generation deutlich verbindet. Besonders über die Massenmedien werden westliche Lebensformen oft verklärend aufgenommen und in individualistische Ideale überführt, was sich als Kritik an gängigen Normen des Sozialismus und seiner kollektiven Verpflichtungen äußert. Die Vertrauenskrise ist so groß, daß China mittlerweile durch eine Welle von Sexual- und Eigentumsdelikten erfaßt wird, in den Schulen treten Vandalismus und in zunehmendem Maße Tötlichkeiten gegen Lehrer auf¹. Für die konservativen Politiker sind diese Tendenzen in der Jugend ein Anlaß mehr, in die restaurative Tendenz zurückzufallen und den Westen als Sündenbock abzustempeln, um damit von den hausgemachten Schwierigkeiten abzulenken. Andererseits zeigten die demonstrierenden Studenten eine für China ungewöhnliche Einsatzbereitschaft, eine Leistungsorientierung - besonders ausgedrückt in den Forderungen nach Verbesserung der Lehrmethoden und Erweiterung des Bildungssystems - und ein gesellschaftliches Engagement, das positiv von der Führung hätte aufgegriffen werden können, denn es ging den Studenten nicht um eine Beseitigung des sozialistischen Systems, sondern ausschließlich um seine Reformierung. Die Gewaltdiktatur, die nach dem Massaker im Juni 1989 von Deng Xiaoping und Li Peng errichtet wurde, verhöhnt die eigenen sozialistischen Ideale, die bloße Propagandahülsen werden, und zerstört einmal mehr die ersten Versuche einer politischen Selbstfindung in der studentischen Jugend. Dabei allerdings mag es durchaus Funktionäre geben, die das Aufhalten der Verwestlichung befürworten, denn seine negativen wirtschaftlichen Seiten waren in den letzten Jahren in der

1 Die chinesischen Zeitungen berichten täglich über solche Mißstände. Henze (1988a, S.3 ff.) ordnet dies der Vertrauenskrise unter, von der chinesische Untersuchungen im Blick auf Jugendprobleme sprechen. Hier sollte man jedoch nicht übersehen, daß viele Taten auch ökonomische Ursachen haben.

Bevölkerung immer wieder spürbar geworden. Die Werteproblematik kann die politische Führung aber nur noch kontrollieren, wenn sie die Wirtschaftsreform abrupt bremst.¹

- Unterbewertung der Rolle der Intelligenz:

Die bisher herausgestellten Widerspruchsebenen spiegeln und spiegeln sich in der Lage der Intellektuellen, bei Lehrern und beim Hochschulpersonal, besonders ausgeprägt wider. Zwar wurde das Ansehen der Intellektuellen nach der Kulturrevolution ideologisch angehoben, aber in materieller Hinsicht sind die Lehrer und Hochschullehrer besonders benachteiligt, was sie daher im allgemeinen Bewußtsein der Bevölkerung immer noch herabsetzt. Diese Benachteiligung drückt sich in geringen Löhnen aus, die sie in der Regel schlechter als die Bauern und Arbeiter dastehen läßt. Nach Angaben aus Zeitungen rangieren Lehrer bei 12 vorhandenen Einkommensstufen in der Bevölkerung an zehnter Stelle. Besonders die jüngeren Akademiker sind unterbezahlt. Auch die Wohn- und Gesundheitsverhältnisse werden nach chinesischen Untersuchungen schlechter als die anderer Bevölkerungsgruppen eingeschätzt. Trotzdem sind durch die nur knappen akademischen Ausbildungsplätze genügend Bewerber für das Studium vorhanden. Besonders die Fremdsprachen sind begehrt, weil man über sie am besten ins Ausland kommt - ein hohes Ideal bei der Jugend, das direkt mit dem Wertewandel korrespondiert. Ferner hofften viele Jugendliche - größtenteils selbst aus Intellektuellenfamilien stammend - langfristig auf eine Verbesserung ihrer Karrierechancen im Sinne der weiteren Anpassung Chinas an westliche Modelle. Durch die Studentendemonstrationen rückte die Intelligenz für die politische Führung jedoch wieder in die Rolle eines verwestlichten und, wie es im Chinesi-

1 Der Sturz des Generalsekretärs der Partei, Zhao Ziyang, ist für die Reformer besonders bitter. Er relativierte auf dem 13. Parteitag 1987 reaktionäre Tendenzen in der Partei, indem er auf die weiteren Aufgaben der Reform hinwies. Die Reform wurde von ihm als einziger Ausweg beschrieben, um China aus der gegenwärtigen Lage herauszuführen. Der Hauptwiderspruch wurde von ihm zwischen der rückständigen gesellschaftlichen Produktion und wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnissen des Volkes gesehen. "Man darf die Reform und die Öffnung nicht unter dem Gesichtspunkt der Liberalisierung behandeln, andernfalls würde man den sozialistischen Weg verlassen. Im Anfangsstadium, solange wir uns noch nicht von der Situation der Unterentwicklung befreit haben werden, werden die Ideen der bürgerlichen Liberalisierung, die das sozialistische System verneinen und für das kapitalistische System eintreten, noch lange existieren. Wenn das Denken verknöchert ist und wenn die Reform und die Öffnung nicht durchgeführt werden, wird die Überlegenheit des Sozialismus nicht sehr gut demonstriert werden und die Anziehungskraft des Sozialismus nicht zunehmen können, dies würde faktisch der Entwicklung und der Ausbreitung der Ideen der bürgerlichen Liberalisierung Vorschub leisten. Die Ausschaltung der Störungen und Einflüsse dieser beiden falschen Ideologien - der Verknöcherung und der Liberalisierung - wird den ganzen Anfangsverlauf des Sozialismus durchziehen müssen. Da die 'linke' Manier sehr tief verwurzelt ist und sie das Haupthindernis für die Reform und Öffnung bildet, kann man allgemein sagen, daß die Überwindung der verknöcherten Ideen eine ziemlich langfristige, wichtige Aufgabe ist." (Bericht von Zhao Ziyang, in Bundeszentrale 1988, S.271) Zhao's Bereitschaft, mit den Studenten einen Dialog zu führen, ist in diesem Kontext zu sehen.

schen heißt, "geistigen Verschmutzers", die sie als potentiell konterrevolutionär erscheinen läßt. Für im westlichen Ausland studierende Chinesen wird die Rückkehr in ihre Heimat zu einem unkalkulierbaren Risiko, denn die Gleichsetzung von Studium im Westen und Verwestlichung wird zu einem politischen Makel, der allenfalls durch Umerziehung auszugleichen wäre.

- Der Kampf um Demokratisierung:

1989 wurde China - ausgehend von Studenten - von einer Welle von Demonstrationen erfaßt, die aus der Sicht des Westens als Kampf um mehr Demokratie charakterisiert wurden. Angesichts der zuvor genannten Punkte muß man jedoch deutlich die ökonomischen und gesellschaftlichen Implikationen dieses Kampfes sehen: die aus dem Grunddilemma von Wirtschaftsentwicklung und damit einhergehender Entwertung sozialistischer Ideale entspringenden Widersprüche führten besonders bei der jüngeren Generation, für die der Wertewandel typisch ist, zu einem Unruhepotential, das sich nicht mehr durch politische Parolen der Führung leicht auf einen Kurs der Opferbereitschaft einschwören läßt. Hier steht China gegenwärtig an einem Wendepunkt: ökonomisch ist es gerade auf diese jüngere Generation, die die Modernisierung vorantreiben soll, angewiesen, ideologisch geht diese Einbindung aber nur dann vonstatten, wenn mehr demokratische Rechte und Freiheiten - und vor allem: bessere materielle Absicherungen - zugestanden werden.

Demokratie und Sozialismus schließen sich für die demonstrierenden und kämpfenden Studenten und andere Bevölkerungsteile nicht aus. Demokratie bedeutet auf chinesisch "Volksherrschaft" und ist ein inhaltlich anders besetzter Begriff als bei uns. Zunächst sind die negativen Eingrenzungen hier entscheidend: Beseitigung der Korruption, die die kommunistische Partei Chinas in einem Ausmaß erfaßt hat, daß die politischen Parolen sozialistischer Prägung von der Bevölkerung immer mehr als bloßer Hohn aufgefaßt werden. Freiheit meint hier Pressefreiheit, um wenigstens eine Kontrolle über die Korruption und Machtmißbräuche zu gewinnen, wenn schon der rechtsstaatliche Weg nicht vorhanden ist. Entsprechend eines Mangels an rechtsstaatlichen und von einer kritischen Vernunft im Sinne von Aufklärung geprägten Normen, die zumindest die Frage der Sittlichkeit des Handelns aufwerfen, zeigt das Pekinger Blutbad die pure Machtideologie und Gewaltherrschaft einer kleinen Clique an, die wie ein feudaler Despot das Volk nach Willkürmaximen regiert. Gerade diese Clique, die sich von der Vierbande distanzierte, weil sie deren bloße Machtpolitik angeblich verabscheute, die im Rahmen der

Modernisierung auf die Entwicklung von Rechtsnormen, von mehr Fachkompetenz und Mitbestimmung setzte, handelte aber nun den eigenen Reden zuwider, indem sie die selbst produzierten Widersprüche und deren Austragung in der Bevölkerung nicht länger geduldig tolerieren konnte, Widersprüche als Triebkräfte nicht mehr zu ertragen vermochte, unwissend, blind in der Zerstörung des eigenen Kurses. Die über achtzigjährigen mögen Widersprüche nicht gerne, so wissen die Chinesen nach alten Volksweisheiten. Jetzt geht die Furcht besonders unter den Intellektuellen um, daß sie wieder erhalten müssen, um von den Fehlern der Führung abzulenken. Damit steht die Partei mit ihrem Wirtschaftsreformkurs allerdings an einem Scheideweg: entweder gewaltvolle Unterdrückung jeglicher Kritik am Parteiapparat, seiner Vetternwirtschaft und Korruption, wobei gleichzeitig - um die wirtschaftlichen Widersprüche abzu-bremsen - planwirtschaftliche Maßnahmen wieder in den Vordergrund rücken müßten, oder erneute Lockerung im Sinne der Öffnungspolitik, wobei gleichzeitig - um die wirtschaftlichen Widersprüche erträglicher zu machen - das Wirtschaftswachstum auch auf Kosten von benachteiligten Gruppen ausgeweitet werden müßte. Der erste Weg erscheint als sehr heikel: die Bevölkerung würde sich schnell empören, wenn die Versorgungslage sich wieder verschlechtert; der Staat kann es sich kaum leisten, jetzt auch die Bauern noch gegen sich aufzubringen; es findet sich keine Massenbasis bei den Lehrern, um die Schüler und Studenten im Sinne einer überharten Parteilinie zu erziehen. Dennoch ist der Despotismus, den die jetzige Führung in sehr kurzer Zeit errichtet hat, ein erschreckender Beweis für die gesellschaftliche Möglichkeit, mit purer Gewalt und durch Massenmanipulation über die Medien ein Volk zu unterdrücken und in die Irre zu leiten. Der zweite Weg einer beibehaltenen Wirtschaftsreform aber birgt für die gegenwärtige Führung eine noch größere Gefahr: ihre - aus eigener politischer Blindheit herrührende - notwendige Ablösung, denn Wirtschaftsreformen lassen sich auf lange Sicht nie ohne entsprechende politische Reformen, die dem Gang der Wirtschaft entsprechen, durchführen.

In den nachfolgenden Texten und Gesprächen werden wir zahlreiche Präzisierungen und Illustrationen für diese Widersprüche zu geben versuchen. Sie werden verständlich machen, daß China einerseits als Entwicklungsland vor dem Blutbad bereits Fortschritte in seinem Bildungssystem gemacht hatte, andererseits aber die gesellschaftliche Entwicklung von Widersprüchen heute dringend nach weiteren Reformen, besonders aber nach einer neuen Regierung, die solche durchführen könnte, verlangt.